

Für ein gesundes Grundgesetz

Soll unsere Vereinszeitung sich aktuellen Problemen öffnen? Ja, sie tut es und bemüht sich, dabei nicht in Hysterien konzerneigener Medien zu verfallen, indem aktuelle Zustände bejammert, fruchtlosen Spekulationen Raum gegeben wird oder ihre Seiten Auffassungen jenseits von proletarischer, internationaler Solidarität, Chauvinismus, Rassen- und Völkerhetze zur Verfügung stehen.

Was ist dabei zu tun und was zu unterlassen? Ein Spannungsfeld, das in einer damaligen Meldung beschrieben wird, und in diesem Monat 71 Jahre alt ist:

Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz mit 53 Prozent Ja-Stimmen und 12 Prozent Nein-Stimmen beschlossen. Die Gegenstimmen setzten sich zusammen aus den Vertretern der KPD und den Abgesandten der CSU unter Führung von Franz Josef Strauß. Diese begründeten ihre Ablehnung damit, dass im Grundgesetz zu viel Demokratie enthalten wäre.

Für Max Reimann, den Vorsitzenden der KPD-Fraktion, war das Gegenteil davon der Grund für die Ablehnung. Er sagte aber sinngemäß: Wenn die Kommunisten es auch heute ablehnen, so wird der Tag kommen, an dem sie es als einzige verteidigen werden.

Und dieser Tag steht mit aller Deutlichkeit vor uns:

Uns ISOR-Mitgliedern, denen gerne ein gestörtes Verhältnis zum Grundgesetz vorgehalten wird und mit dieser Begründung beispielsweise die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, sollte es jetzt besonders darauf ankommen, für die Einhaltung demokratischer Persönlichkeitsrechte im Sinne eines Gesunden Grundgesetzes einzutreten.

Das bedeutet nicht, dass wir uns gegen zeitweilig medizinisch begründete Einschränkungen derartiger Rechte wenden.

Aber es bedeutet sehr wohl, alle Maßnahmen, die jetzt unter Hinweis zur Bekämpfung der Pandemie getroffen werden, genau zu beobachten und zu registrieren, ob und wann Zweifelhafte wieder rückgängig gemacht oder in Zukunft in Frage gestellt wird: Beispiele bieten sich gerade in diesem Monat an: die Einschränkungen im Versammlungs- und Demonstrationsrecht betreffen viele öffentliche Gedenkveranstaltungen zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus, darunter die Befreiung faschistischer Konzentrationslager, bei denen es für die wenigen Überlebenden

Zeitzeugen vielleicht ein letztes Mal gewesen wäre, persönlich vor die Öffentlichkeit zu treten. Schmerzliche, aber verantwortungsbewusste Entscheidungen.

Was können wir als ISOR-Mitglieder tun? Wir können die Entwicklung gegenwärtig notwendiger und vermeintlicher die Persönlichkeitsrechte betreffender Regelungen beobachten und im Brecht'schen Sinne „den Finger auf jeden Posten legen“. Wird z.B. eine Handy-Ortung, Geschwindigkeitsregelung im Internet usw., nach Wegfall der Voraussetzungen wieder rückgängig gemacht oder überleben bestimmte Regelungen als nachwachsender Bazillus in den Überwachungsdiensten in Staat und Industrie? Was hat die Abkehr von beschlossenen Umweltzielen, also auch die Revision der Abgaswerte unserer geliebten deutschen Autos mit der Bekämpfung von Atemwegserkrankung zu tun? Bestenfalls eine Verschlimmerung der „normalen“ Situation.

Also ist es doch für uns möglich, diese hier nur beispielhaft angeführten Gefährdungen der Demokratie zu verfolgen und zu gegebener Zeit, vielleicht zum Herbst/Winter, zu untersuchen, ob unser jetzt eingeschränktes Grundgesetz wieder genesen ist.

Wenn unsere Leser und Leserinnen in den nächsten Wochen dazu ihre Feststellungen sammeln, nutzen wir diese Zeit aktiv zur Gesundung des gesellschaftlichen Körpers.

Mag hier ein gewisser Karl M. das letzte, wenn auch etwas abgeänderte Wort haben. Die Politiker haben die Situation nur verschieden interpretiert, es „kömmt“ aber darauf an, sie zu verändern. Und Karls Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie uns ergreift. Und damit Glückwunsch zum 202. Geburtstag.

Wolfgang Kroschel

*

Unverständnis gegenüber antichinesischer Propaganda

von Jürgen Heiducff

Der Chefredakteur der Bild-Zeitung, Julian Reichelt wirft dem Präsidenten der Volksrepublik China vor, er gefährde die ganze Welt. ¹⁾

Ein Vorwurf gegen den Präsidenten des Landes, das der größte Handelspartner Deutschlands ist, lautet, er regiere durch Überwachung. Er lasse alles und jeden seiner Bürger überwachen.



**Nutzen wir den 8. Mai
für ein würdiges Gedenken
an die Befreiung
unseres Volkes
vom Hitlerfaschismus
vor 75 Jahren**

Dem möchte ich entschieden widersprechen. Ich halte mich seit zwölf Jahren regelmäßig als Individualtourist in verschiedenen Regionen des Reiches der Mitte auf. So war ich auch während der Zeit der Ausbreitung des Virus vom 25.1. bis 13.3.2020 in China. Obwohl ich bereits durch mein Äußeres im chinesischen Umfeld auffalle, habe ich bisher keine flächendeckende Überwachung bemerkt. Wer sich an die Gesetze des Landes hält und sich als Gast bewegt, hat nichts zu befürchten. Das gilt auch für die digitalen Netzwerke.

Ein weiterer Vorwurf, der Präsident Chinas habe sein Land zum Weltmeister im Diebstahl geistigen Eigentums gemacht ist lächerlich. Man sollte in der Redaktion der Bildzeitung einmal alles Inventar „Made in China“ entfernen und feststellen, was übrig bleibt.

Aus dem Vorwurf, dass der Präsident die jungen Menschen nicht frei denken lasse, resultieren die Fragen, ob „Bild“ das Bildungssystem Chinas analysiert hat und warum Studenten der Volksrepublik an deutschen Hochschulen so erfolgreich sind.

Weitere ebenso unhaltbare Vorwürfe stehen im Zusammenhang mit der Corona - Pandemie. Man habe nicht rechtzeitig gewarnt. Das stimmt nicht! Ich war zu Zeiten des Höhepunktes der Epidemie in China. Durch die Regierung der VR China ist die Weltgesundheitsorganisation WHO sehr schnell und detailliert über die Situation im Land informiert worden. Alle erforderlichen Informationen sind über die Medien bekannt gegeben worden. Zügig und konsequent sind Präventionsmaßnahmen durchgesetzt worden. Der öffentliche Nahverkehr wurde weitgehend still gelegt, der Zugang zu Wohngebieten kontrolliert. Umfangreiche Aufklärungskampagnen über TV, Radio, Internet sowie durch Informationen der kom-

munalen Behörden und mittels Lautsprecherwagen fanden statt. Maßnahmen der Hygiene waren: Kontrolle der Körpertemperatur an den Eingängen zu Banken und großen Kaufhäusern, Abtrennung der Eingangsbereiche zu Apotheken, Restaurants, Badeanstalten und Diskotheken waren geschlossen. Desinfektionstrupps mit Tornistersprühergeräten waren unterwegs. Gegen Ende meines Aufenthaltes konnten die meisten Präventionsmaßnahmen beendet werden.

Und wie widerspiegelte sich diese Lage in den deutschen Medien? Statt den von der Epidemie und den daraus resultierenden Maßnahmen betroffenen Menschen Respekt und Achtung entgegen zu bringen, wurden abwertende Bewertungen und Panikmache pro-

duziert. Auch war eine gewisse Schadenfreude kaum noch zu verbergen. Das ist etwas, was den fleißigen, aber auch zum Teil hilflosen Menschen nicht weiter hilft. Keine Analogien umgekehrt von Seiten Chinas nach dem Beginn der Epidemie in Europa und den USA.

Und noch eine Beobachtung: die Menschen in China hatten keine Hamsterkäufe nötig. Das zeigt das Vertrauen, das sie der Politik Xi Jinpings entgegenbringen. Die Leute, allen voran Kommunisten, haben ihr Bestes im Kampf gegen das Virus gegeben. Da ist kein Anzeichen von einem Bröckeln der Macht, lieber Herr Reichelt.

Ihr Beitrag vom 16.04.2020 ist nicht nur eine Beleidigung des Präsidenten, sondern der Völker Chinas insgesamt.

China wird weiter auch dank der Initiative der „neuen Seidenstraße“ ein stabilisierender Faktor in der Welt bleiben.

Deutsche Medien disqualifizierten sich erneut und wurden zum Sprachrohr eines primitiven Rassismus. In der „Welt“ wurde auf die „gelbe Gefahr“ hingewiesen.

Man fühlt sich an die Hunnenrede Kaiser Wilhelms und an Kolonialpolitik erinnert.

1) www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/corona-krise-bild-chef-schreibt-an-chinas-staatschef-70087876.bild.html

2) Siehe auch „Bei anderen gelesen“ in dieser Ausgabe

*

Marschall der Sowjetunion Wassili Iwanowitsch Tschuikow, die Befreiung Berlins und die Gegenwart

Oberst a.D. Friedemann Munkelt, Vorsitzender des Verbandes zur Wahrung der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR

Wir befinden uns im Jahr des 75. Jahrestages des Sieges über den deutschen Faschismus, der Befreiung des deutschen Volkes von diesem Joch, ein zweifellos geschichtsträchtiges Jahr! Von diesem historischen Ereignis spannt sich der Bogen der Geschichte bis zur Gegenwart.

Im Verlaufe meines Studiums an der Militärpolitischen Akademie W.I. Lenin und an der Generalstabsakademie der Streitkräfte der UdSSR nahm das Fach „Geschichte der Kriegskunst“ verständlicherweise eine bedeutende Rolle ein. Im Zusammenhang mit der Stalingrader Schlacht spielte der Name W.I. Tschuikow als Befehlshaber der 62. Armee eine große Rolle. Mit der Person selbst habe ich mich damals weniger beschäftigt. Das habe ich nachgeholt, als ich im vergangenen Jahr mit seinem Enkel, Oberst Nikolai Wladimirowitsch Tschuikow, näher bekannt wurde. Ein von ihm gestaltetes Familienalbum im Rückreisegepäck, habe ich mir zu Hause aus meinem Bücherschrank das Buch „Gardisten auf dem Weg nach Berlin“ sofort als Lektüre ausgewählt.

In diesem Jahr, am 12. Februar, wurde in Russland unter breiter Anteilnahme der Öffentlichkeit, der 120. Geburtstag des legendären Marschalls (ernannt am 11.03.1955) gefeiert. Geboren im Gebiet Tula, in einer Bauernfamilie als eines von zwölf Kindern, war er schwere Arbeit gewöhnt. Die Oktoberrevolution begrüßte er enthusiastisch, bereits 1918 beendete er einen Kurs roter Kommandeure. Im Bürgerkrieg bewährt, absolvierte er 1925 die Frunse-Akademie mit Auszeichnung, dem schloss sich unmittelbar eine Ausbildung als Aufklärer an der Östlichen Fakultät dieser Akademie an. 1928 erhielt er eine Kommandierung nach China, als sowjetischer Aufklärer half er dem chinesischen Volk und arbeitete aktiv gegen die japanische Aufklärung. Über verschiedene Dienststellungen in der Heimat, wurde er 1940 erneut nach China kommandiert, diesmal als Militärattaché. So wurde er auch zum Militärberater des Oberkommandierenden der chinesischen Armee. Er half mit, die japanische Armee in Kämpfe auf chinesischem Territorium zu verwickeln und so einem Angriff auf sowjetisches Territorium zu verhindern. Bis heute ist Marschall Tschuikow in China eine hochgeachtete Persönlichkeit und sein Enkel ein oft eingeladener Gast.

Von China ging es direkt an die Front, an den schwersten Abschnitt, nach Stalingrad. Tschuikow selbst bezeichnete die Stalingrader Schlacht als die wichtigste seines Lebens, die höchste Auszeichnung war für ihn die Achtung und Verehrung des sowjetischen Volkes und seiner Soldaten. Zur Bedeutung des Sieges verweist Tschuikow in seinem Buch „Gardisten auf dem Weg nach Berlin“ auf eine Urkunde des amerikanischen Präsidenten Roosevelt vom Mai 1944, in der es heißt: *„Im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika überreiche ich der Stadt Stalingrad diese Urkunde, um unserer Bewunderung für ihre tapferen Verteidiger Ausdruck zu geben, deren Tapferkeit, Mut und Opferbereitschaft während der Belagerung vom 13. September 1942 bis zum 31. Januar 1943 für immer die Herzen aller freien Menschen höher schlagen lassen werden. Ihr ruhmreicher Sieg brachte die Welle der Aggression zum Stehen und wurde zum Wendepunkt des Krieges der alliierten Nationen gegen die Kräfte der Aggression.“*

Soweit bis hierher zur historischen Wahrheit. Der weitere Verlauf des Krieges führte die Armee Tschuikows mit verlustreichen Kämpfen durch die Ukraine und Polen bis Berlin. Die Erstürmung Berlins erfolgte im Zusammenwirken durch die 1. Belorussische und die 1. Ukrainische Front, am 25. April 1945 begann der Sturm auf das Zentrum Berlins. Im Zentrum Berlins eingesetzt, handelte die 8. Gardarmee Tschuikows. Am 2. Mai erfolgte auf dem Gefechtsstand der Armee die bedingungslose Kapitulation der Berliner Garnison. Unterschrieben von General Weidling, trat sie am 2. Mai um 15:00 Uhr in Kraft.

Auch nach Beendigung des Krieges spielte Tschuikow eine wichtige Rolle in Deutschland, stand er praktisch mit an der Wiege der Deutschen Demokratischen Republik. Ob als Oberkommandierender der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland oder in der Funktion als Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission hatte er maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone. Er war es, der ab Oktober 1949 die Regierungsverantwortung an die junge DDR übergab.

Im Juli 1981 schrieb Marschall Tschuikow in einem Brief an das ZK der KPdSU: „Das nahende Lebensende fühlend, wende ich mich mit

einer Bitte an sie: nach meinem Tode soll meine Asche auf dem Mama-jew-Kurgan in Stalingrad beigesetzt werden. Von diesem Platz hört man das Rauschen der Wolga, die Geschützsalven und den Schmerz der Stalingrader Ruinen, dort sind tausende Soldaten, die ich befehligt habe, beerdigt.“ Diesem Wunsch entsprechend, erfolgte seine Beisetzung am 23. März 1982 auf dem von ihm gewünschten Ort. Zur Geschichte der Familie Tschuikow gibt es noch eine ganz außergewöhnliche Geschichte. Die Mutter, Jelisaweta Fjodorowna, verabschiedete acht Söhne in den Krieg zur Verteidigung der Heimat, alle kehrten gesund zurück.

Viel Zeit ist seit dieser Zeit vergangen, die Schrecken des Krieges liegen zum Glück weit zurück. Unvergessen sind aber die Millionen von Opfern, die dieser Krieg auf allen Seiten gefordert hat. Versuche, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuschreiben, die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der Zerschlagung des Faschismus zu negieren, gibt es schon seit der unmittelbaren Nachkriegszeit. Jetzt scheint aber für die NATO-Staaten die Zeit gekommen zu sein, ganz massiv in dieser Richtung tätig zu werden. Bezogen auf die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz wird von der „Befreiung durch die Alliierten“ gesprochen, Denkmäler, die an die Heldentaten und gewaltigen Verluste der Roten Armee erinnern, werden in Polen und im Baltikum geschliffen. Ehemalige Angehörige der SS erhalten deutsche Renten.

Im Fahrwasser der USA schwimmend, wird Russland, neben China, zum Feind Nummer eins erklärt, die Rüstungsindustrie freut es. Im Jahr des 75. Jahrestages des Sieges über den Faschismus sollte das seit Jahren größte Manöver der USA in Europa, unter Teilnahme der NATO, Defender 2020, vor der Haustür Russlands stattfinden. Nicht genug, dass dort ständig gezündelt wird, zurzeit unter Führung der Bundeswehr. Da ist einmal die gewollte politische Provokation zu diesem historischen Datum. Zum zweiten ist aber auch der militärische Aspekt keinesfalls zu unterschätzen, hier handelt es sich um einen Teil der direkten Kriegsvorbereitung. Da geht es um Transportwege, Ausbau des Territoriums, Errichtung von Führungsstellen und nicht zuletzt um den Test russischer Reaktionen (Aufklärung).

Zugleich dient die immer wieder zitierte Bedrohungsgefahr durch Russland natürlich auch der Manipulation der Bevölkerung und dies nicht ohne Erfolg. Dies zeigt sich auch in der innenpolitischen Debatte in Deutschland. Rechte Ideen gewinnen zunehmend wieder Platz in der Gesellschaft. Da schließt sich der Kreis zu den Turbulenzen in Thüringen. Erinnert sei an die Worte Bertolt Brechts: „Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Der Satiriker Serdar Somuncu antwortete in einem Interview (Leipziger Volkszeitung vom 11.2.2020) auf die Frage, was sich denn im Vergleich zu



23. März 1982, Beisetzung auf dem Mamajew-Kurgan

den 90er Jahren hinsichtlich der Neonazis verändert habe: „Faschismus ist ziselierter, ist mehr geworden, versteckter, aber auch allgegenwärtiger, und er hat sich verlagert-vom ganz äußeren rechten Rand in die breite Mitte der Gesellschaft.“ Dieser Einschätzung ist nichts hinzuzufügen In welcher Demokratie leben wir eigentlich, wenn ein Höcke, gerichtlich bestätigt, als Faschist bezeichnet werden darf und gleichzeitig Fraktionsvorsitzender einer Partei im Thüringer Landtag ist? Ein angesehener FDP-Politiker umschrieb diese Scharade mit den Worten „ein Hauch Weimar liegt über der Republik“.

Über die Anfänge sind wir schon lange hinaus. Jetzt gilt es Front zu machen gegen jegliche Art der Geschichtsvergessenheit, gegen Hetze und Kriegstreiberei. Es sollte Pflicht für Politiker werden, die Gedenkstätte auf dem Mamajew-Kurgan mit der letzten Ruhestätte Marschall Tschuikows zu besuchen. Eine Kranzniederlegung auf dem russisch-deutschen Soldatenfriedhof Rossoschka könnte ein Zeichen der Trauer und der Demut sein. Dieser Friedhof ist eine Geste der Versöhnung des russischen Volkes mit dem einstigen Aggressor. Diese Geste und viele andere Vorschläge Russlands warten noch auf adäquate Antworten deutscher Politik. Die Pflege von Feindbildern und aggressiven Kriegsspielen sollten nicht dazu gehören. Mobilisieren wir alle Kräfte für eine friedliche Zukunft, in der DDR gab es an einer solchen Politik keinen Zweifel, hatten alte und neue Nazis keine Chance!

(nach der Verbandzeitschrift „Kompass“,
Februar 2020)

*

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Geschäftsführende Vorstand sandte an den Bürgermeister des Stadtbezirksamtes 6 von Prag ein Protestschreiben gegen „Die Verbanung des Denkmals für Sowjetmarschall Konew aus der Öffentlichkeit.“

Der Marschall hatte als Kommandeur eines Frontverbandes entscheidenden Anteil an der „Prager Operation“ vom 6. Bis 11. Mai 1945, bei der die tschechoslowakischen Aufständischen in Prag die per Funk erbetene Hilfe erhielten und eine große faschistische deutsche Truppenkonzentration vernichtet wurde.

*

Der Geschäftsführende Vorstand würdigte die hervorragende Arbeit von Hans-Joachim

Friedrich, der sich besonders im Bündnis mit fortschrittlichen Friedenskräften in Deutschland für die Ziele der überparteilichen Friedensbewegung bei zahlreichen nationalen Zusammenkünften einsetzte, dadurch die Rolle des sozialistischen Militärs in der DDR, besonders durch seine Popularisierung der Schrift „Soldaten für den Frieden“, in weiten Kreisen bekannt machte und einen großen Anteil am wachsenden Bekanntheitsgrad von ISOR in der Bundesrepublik hat.

Hans-Joachim Friedrich musste seine Tätigkeit wegen einer schweren Erkrankung aufgeben. Er verstarb am 18. April.

*

➤ Zu Marschall Konew siehe auch Seite 4

*

Ehrung für die Befreier Berlins

Die TIG Hellersdorf legte am ersten vor 75 Jahren befreiten Haus Berlins ein Blumengebinde nieder.



(Foto: Siegfried Bonsack)

Aus der Postmappe

Die Begegnung an der Elbe vor 75 Jahren war für die damaligen Soldaten, von Osten der sowjetischen 5. Gardarmee und vom Westen die der amerikanische 1. Armee, eine Siegesfeier über den deutschen Faschismus .

So kam es bereits am 25.4.1945 an den verschiedensten Orten auf abenteuerliche Weise zu ergreifenden Begegnungen zwischen einfachen Kämpfern beider Armeen. Herzlich waren die Umarmungen und echt war der Schwur: „Nie wieder“ .

Hier wurde der „Geist der Elbe“ geboren, der sich an die Menschen aller Nationen wendet, Differenzen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen. Er ist ewige Mahnung, für das gemeinsame Wohl der gesamten Menschheit zusammenzuarbeiten.

Dieser Schwur steht geschrieben am Fahnenmonument (deutsch, russisch und englisch) auf der Ostseite der Elbe. Das Denkmal dieser Begegnung steht auf der Westseite der Elbe in Torgau mit dem Schriftzug „RUHM DEM SOWJETVOLK - DANK FÜR SEINE BEFREIUNGSTAT“

An diesem Denkmal ehren wir, die DKP, seit einiger Zeit das Sowjetvolk mit Blumenschalen und Schriftzügen, wie zum Beispiel „Raus aus der NATO“, „Frieden mit Russland“, „Druschba - Freundschaft“.

Dieses Gedenken werden wir für alle Organisationen, die sich am 25.4.2020 zur Demonstration angeschlossen hätten, wieder mit Blumenschalen und ebensolchen Spruchbändern ehren. Damit protestieren wir auch gegen das Kriegsmanöver „Defender 2020“. Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung

vom Faschismus und der Begegnung an der Elbe hatten wir deshalb zum 25. April eine Demonstration angemeldet und mit organisiert. Jedoch wurden alle Veranstaltungen abgesagt .

Doch wir haben mit Absprache unserer DKP-Genossen in Berlin, Leipzig und Dresden diese Demonstration auf den 3. Oktober 2020 von 12 bis 18 Uhr verschoben und dies beim Ordnungsamt Nordsachsen umgemeldet .

Damit möchten wir ein starkes Signal für Abrüstung und gegen Aufrüstung setzen. An einem Feiertag, der von der Kapitalseite für das genaue Gegenteil initiiert wurde. Natürlich haben wir auch unsere Bündnispartner informiert .

Wir, Elke und Gerd Brucks aus Torgau , haben unser Büro „KommTreff“ für den Publikumsverkehr nach wie vor geöffnet.

Sicherheitsabstand und Desinfektionsmittel sind in unserem Büro oberstes Gebot . Es werden weiterhin Verteilaktionen der UZ, der DKP-Infoblätter, der jungenWelt, Roter Aufbau und andere Aktionen mit unseren Besuchern abgesprochen und geplant.

In unserem Büro kann man auch Artikel aus dem UZ-Shop ,wie T-Shirts, Fahnen, Turnbeutel und vieles mehr kaufen.

Sobald es die Situation erlaubt, werden wir diese Artikel auch auf dem Wochenmarkt in Torgau anbieten.

Den Tag der Begegnung an der Elbe haben wir für das Jahr 2021 zum 24. April in der Zeit von 12 bis 18 Uhr beim Ordnungsamt angemeldet Wir lassen uns durch nichts entmutigen!

Mit solidarischen, kämpferischen Zielen und Grüßen Elke und Gerd Brucks, Torgau

TAGESBEFEHL Des Oberbefehlshabers der 12. amerikanischen Armeegruppe vom 27. April 1945

Soldaten der 1., 3., 9. und 12. amerikanischen Armee!

Am 25. April 1945 um 16.40 Uhr, im neunundzwanzigsten Monats unseres Landkrieges gegen die deutsche Regierung, vereinigten sich amerikanische Truppen der 12. Armeegruppe mit sowjetischen Soldaten von Marschall Konews 1. Ukrainischer Armeegruppe.

Diese Armeen sind aus den Ruinen von Stalingrad und Sewastopol – durch die verbrannten Städte der Ukraine hindurch – zu euch gekommen. In zwei Jahren sind sie 1400 Meilen durch die deutschen Armeen hindurchgebrochen, haben den Feind aus Russland vertrieben und ihn bis zur Elbe verfolgt.

Ihre Leistungen – die einem Volke, das nicht besiegt werden wollte, Unsterblichkeit verliehen haben – werden durch eure eigenen Taten noch bedeutungsvoller ...

Generalleutnant Omar N. Bradley

Rentenzahlung an ehemalige Nazi-Kollaborateure

Wie bereits in **ISOR aktuell** im März berichtet, zahlt die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor Renten an Kollaborateure des Naziregimes aus ehemaligen besetzten Gebieten. Unser ISOR Mitglied, Klaus Reinke aus der TIG Wittstock, hatte in der genannten Ausgabe darüber sein Unverständnis geäußert, verbunden mit der Feststellung, dass er bisher keine verbindlichen Auskünfte zu dieser Thematik erhalten hat.

Die Bundesrepublik Deutschland betrachtet sich als mit dem fortbestehenden Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ identisch und nicht als dessen Nachfolger. (s. *Gregor Schirmer, Professor für Völkerrecht, in jW vom 24.10.2016, Red. ISAK*). Damit verbunden, sind für die BRD abgeschlossene Verträge und Vereinbarungen des faschis-

tischen deutschen Staates weiterhin gültig. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer hatte es bereits in der Hand, hier korrigierend tätig zu werden. In einem kürzlich erschienen Artikel in der belgischen (flämischen) Tageszeitung *De Morgen*, wird auf diese Tatsache verwiesen und Zahlen genannt. Demnach werden zurzeit 27 Belgier mit dieser Art von Rente bedacht. Die Höhe der Rentenzahlung schwankt zwischen 425 € und 1.275 € monatlich. Verantwortlich für die Realisierung dieser Rentenzahlung ist das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland. Weitere Länder sind die Ukraine und Spanien, die Staaten des Baltikums, wo ehemalige Kollaborateure Anspruchsberechtigte dieser Renten sind. Wenden wir uns also an das Auswärtige

Amt der Bundesrepublik Deutschland mit der Bitte um Aufklärung und Information. Wie glaubwürdig die in Vergangenheit und Gegenwart gemachten Äußerungen der Vertreter der etablierten Parteienlandschaft im Kampf gegen neonazistische Entwicklungstendenzen in der bundesdeutschen Gesellschaft sind, wird einem damit verdeutlicht, dass CDU/CSU, FDP, SPD und die Grünen ihren personellen Fußabdruck im Auswärtigen Amt hinterlassen haben. Weder haben die Herren Genscher, Westerwelle, Fischer, Gabriel, Steinmeier und aktuell Herr Maas etwas unternommen, um diese Rentenzahlungen außer Kraft zu setzen.

Lothar Schlüter

*

Bei anderen gelesen

Mit folgendem Wortlaut wandte sich die Botschaft der VR China in einem Offenen Brief durch ihre Sprecherin am 15. April an die Zeitung BILD

Sehr geehrter Herr Reichelt, sehr geehrte Mitglieder der BILD-Chefredaktion,

mit einigem Befremden habe ich heute Ihre Berichterstattung zur Corona-Pandemie im Allgemeinen und zu der vermeintlichen Schuld Chinas daran im Besonderen verfolgt. Einmal abgesehen davon, dass wir es als ziemlich schlechten Stil betrachten, ein Land für eine Pandemie verantwortlich zu machen, unter der die ganze Welt zu leiden hat und dann auch noch eine explizite Rechnung angeblicher chinesischer Schulden an Deutschland zu präsentieren, ignoriert der Artikel einige wesentliche Fakten.

1. Sie schreiben, das Virus breitete sich aus, „auch, weil die chinesische Führung wichtige Informationen wochenlang unterdrückte.“ Und: „China hat seine Informationspflichten gegenüber der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verletzt.“

Dazu stellen wir fest: Breits am 31.12.2019 haben die chinesischen Behörden die WHO über Fälle von Lungenentzündung unbekannter Ursache in Wuhan informiert. Ab dem 3. Januar 2020 informierte China die WHO und andere Ländern wie die USA regelmäßig über den Verlauf. Zu dieser Zeit meldete Wuhan 44 Patienten mit der mysteriösen Krankheit. Am 8. Januar 2020 wurde der Krankheitserreger SARS-CoV-2 erstmals identifiziert. Am 11. Januar stellte China vollständige Genomsequenzen des neuartigen Coronavirus öffentlich online und teilte die genetischen Daten mit der WHO. Am 20. Januar bestätigte China aufgrund von fundierten epidemiologischen Untersuchungen die Übertragung des neuartigen Coronavirus von Mensch zu Mensch. Drei Tage danach wurde die Millionenmetropole Wuhan abgeriegelt und noch nie dagewesene umfassende, gründliche und rigorose Quarantänemaßnahmen wurden landesweit ergriffen. Die WHO bestätigt exakt diese Timeline und sie ist hier nachzulesen: <https://www.who.int/news-room/detail/08-04-2020-who-timeline---covid-19>. Am 11. März schließlich erklärte die WHO die durch das Covid-19-Virus verursachte Krankheit zur Pandemie.

2. Sie schreiben: „Die britische Denkfabrik Henry-Jackson-Society kommt in einer aktuellen Studie zum Schluss: China ist rechtlich verantwortlich für die wirtschaftlichen Folgen.“

Dazu stellen wir fest: Viele Länder, die jetzt mit COVID-19 zu kämpfen haben, hatten Zeit, sich auf die grenzüberschreitende Ausbreitung des Erregers vorzubereiten, nachdem China seinen Ausbruch im Rahmen der IHR-Richtlinien gemeldet hatte. Bei den Behauptungen von einigen wenigen Politikern bzw. Experten oder Medienvertretern, dass China nach internationalem Recht rechtswidrig gehandelt habe und nun verpflichtet sei, ausländische Regierungen zu entschädigen, geht es nicht wirklich um internationales Recht, um Völkerrecht. Es geht ihnen um gegenseitige Schuldzuweisungen, um von eigenen Versäumnissen und Schwächen abzulenken. Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Wir betrachten den Stil, in dem Sie in Ihrer heutigen Berichterstattung auf der Seite 2 gegen China „zu Felde ziehen“, als infam. Ihr Bericht entbehrt nicht nur ganz wesentlicher Fakten und genauer Zeitabläufe, sondern auch einem Mindestmaß an journalistischer Sorgfaltspflicht und Fairness. Wer so aufrechnet, wie Sie das mit der BILD-Zeitung von heute tun, schürt Nationalismus, Vorurteile sowie Fremden- und Chinafeindlichkeit. Es wird weder der traditionellen Freundschaft zwischen beiden Völkern noch einem seriösen Verständnis von Journalismus gerecht.

Ich frage mich gerade vor diesem Hintergrund, woher in Ihrer Redaktion die Abneigung gegen unser Volk und unseren Staat kommt? Für eine Krise dieses Ausmaßes gibt es kein Drehbuch. Auch Deutschland muss seinen seinerzeit durchdachten Notfallplan nach dem deutschen Infektionsschutzgesetz überarbeiten. Dass wir zusammen aus der Pandemie-Krise lernen und kooperieren, ist gefordert mehr denn je. Inzwischen bescheinigen uns auch namhafte internationale Wissenschaftler, dass China durch sein schnelles und entschiedenes Handeln einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung dieser Pandemie geleistet hat und zumindest einen Monat Zeit für den Rest der Welt gewonnen. Davon lesen wir in Ihrem Beitrag leider gar nichts.

**Mit freundlichen Grüßen, Tao Lili,
Sprecherin der chinesischen Botschaft
in Deutschland**

*

Auch das noch

Während der Plebs sich in den vergangenen Wochen um die Sicherung der nötigen Papiere für sein Hinterland sorgte, gleichzeitig aber seine Teilhabe an Wurst- und Fleischgenüssen zu bedenken hatte, und nun anahm, er hätte alles berücksichtigt, schaute

eine Ministerin weiter und höher. Weiter in die After-Krisenzeit und höher in den Himmel.

Und sie stellte auch das noch fest:

Dort oben flog ja, wenn überhaupt, höchstens verteidigungsministerieller Schrott umher. Damit ließe sich kein Blumentopf und schon gar nicht ein Atomkrieg gewinnen. Deutschlands Teilhabe an diesem schwebt in höchster Gefahr!

Also her mit den dafür geeigneten Aeroplanen, Boeing weiß zurzeit sowieso nicht, was es machen soll und lässt sich gerne vor den Karren spannen.

Und schnell mal E-Mail ins Trumpel-Land und ein paar Dutzend von den Atombomben bestellen.

Vorbeugen ist besser als nach hinten fallen. Lass die „Opposition“ ein wenig schäumen; die Erfahrung seit über hundert Jahren lehrt, dass sich das wieder gibt. Wir lernen gerade, mit unnötigen Opfern umzugehen. Und „Deutschland“ muss überall teilhaben. Daran erst recht. **w.k.**

*

Zwischenruf

Das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis, nicht wahr? Und was zeigt jene darüber, wer in dieser epidemischen Zeit für die Gesellschaft wichtig ist, gern von der Konzernpresse als „systemrelevant“ hoch gelobt (wenn auch vom System nicht so bezahlt) wird? Es sind die mit einem Hungerlohn abgespeisten Krankenpfleger und -schwestern, das medizinische Personal auf allen Ebenen, das im stationären oder mobilen Dienst täglich sich selbst in Gefahr bringt, um das unterversorgte „System“ vor dem Kollaps zu bewahren.

Die nicht „Systemrelevanten“ hocken derweil unter den vom System aufgespannten „Rettungsschirmen“ und warten ab, bis der „unwichtige“ Teil der Gesellschaft gegen die großzügige Zumessung eines „Bonus“ seine Schuldigkeit getan hat und in die letzte Reihe zurücktritt.

Versorgt mit dem Staatsbonus, wird es dann für die Beschirmten an der Zeit sein, sich wieder ungeniert der Börse, der Pharma-, Auto- und Rüstungsindustrie und also der systemrelevanten Epidemie zuzuwenden. Jenen den Cent und diesen den Euro. Gott erhalt's!

w.k.



Die Torgauer Genossen gedenken des 75. Jahrestages der historischen Begegnung sowjetischer und amerikanischer Soldaten an der Elbe.

GEGEN DEN BAZILLUS
DER DUMMHET:

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt
Drei Wochen kostenlos
www.jungewelt.de/probeabo
☎ 0 30/53 63 55-50

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.
Vorsitzender: Horst Parton
Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Postanschrift:
ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 29.04.2020
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.05.2020
Einstellung im Internet: 05.06.2020
Auslieferung: 10.06.2020

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin
Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317
Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315
– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEVXXX

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16